



Wirtschaftspolitik fehlt der Weitblick

Der Industrielle Hannes Androsch sieht Österreichs Position in Gefahr.

WIEN. Die Zeiten, als der jetzige Industrielle Hannes Androsch politisch aktiv war, liegen lang zurück. Aber den scharfen Blick auf Österreichs Politik hat er sich bewahrt. Was er dabei zu sehen bekommt, macht ihm jedoch Sorgen. Die politisch Verantwortlichen neigten dazu, sich an der prinzipiell noch immer guten Position des Landes zu erfreuen, aber die Hinweise auf notwendige Reformen in einigen Bereichen geflissentlich auszublenken.

Was Androsch vermisst, sind klare Aussagen, mit welchen Maßnahmen die nächste Regierung auf die stetig nachlassende Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit reagieren will. Es mangle auch an Konzepten, wie man die öffentlichen Haushalte in Balance bringe, „die sich trotz einer Rekordsteuerbelastung in Schiefelage befinden“, sagte Androsch im Klub der Wirtschaftspublizisten. Schließlich fehle ein Plan, wie man im Bildungs-

system auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren wolle, „vom Kindergarten bis zur Universität“. Die nun auf der Kippe stehende Bildungsreform sei durch den Widerstand der Gewerkschaft so verwässert, „dass sie als solche gar nicht

„Das Gravitätszentrum der Macht ist die Regierung schon lang nicht mehr.“

Hannes Androsch, Industrieller

mehr erkennbar ist“, da sei es fast besser, „sie kommt gar nicht“.

Die nachhaltige Sanierung der öffentlichen Haushalte sei auch deshalb geboten, weil über ihnen zwei Lawinen drohend hingen, sagt Androsch. Die eine sei ein Anstieg der Zinsen auf ein normales Niveau, das würde sechs bis sieben Mrd. Euro kosten, allein damit würde sich der Zinsendienst im Budget verdoppeln. Die zweite Gefahr sei länger-

fristig, aber vom Volumen her noch größer: die Pensionen. Die Bundeszuschüsse machten schon 25 Prozent des Budgets aus, bis 2050 sei ein massiver Anstieg zu erwarten.

All diese Probleme seien nur in den Griff zu bekommen, wenn man sich durchringe, „die Exzesse auf der Ausgabenseite“ zu beenden. Österreich habe eine zu hohe Staatsquote und setze bei den öffentlichen Ausgaben noch dazu falsche Schwerpunkte. Statt in Zukunftsbereiche zu investieren, werde ständig der Staatskonsum erhöht.

Zur Debatte über eine automatische Anpassung der Tarifstufen in der Lohn- und Einkommensteuer zur Abgeltung der sogenannten kalten Progression sagt Androsch, „das kann man machen“. Es müsse aber klar sein, dass man damit das grundsätzliche Problem nicht löse. Man müsse die steuerliche Belastung von Arbeit reduzieren, dürfe dabei aber die Sozialversicherungsbeiträge nicht ausblenden. **wie**